



WAHLPRÜFSTEINE DER ASA



Nachgefragt!

Im Vorfeld der diesjährigen Bundestagswahl am 24. September 2017 hat die Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische Abfallbehandlung (ASA e.V.) gemeinsam mit ihren Mitgliedsunternehmen Wahlprüfsteine erarbeitet.

Die Mitgliedsunternehmen wurden gebeten, besonders relevante Themen der Abfallwirtschaft für die kommenden Legislaturperiode herauszuarbeiten und Fragen, die sie an die Politik stellen möchten, zu benennen. Der daraus entstandene Fragenkatalog spiegelt die Vielfalt der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wider, die Einfluss auf den Erfolg oder Misserfolg der Unternehmen in der Abfallwirtschaft haben können.

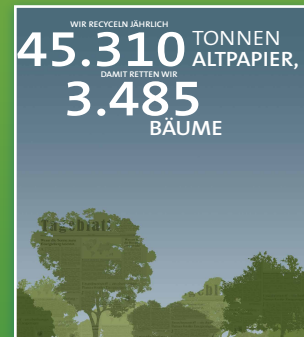
Die wichtigsten Daten im Überblick

- Siedlungsabfallaufkommen von ca. 48 Millionen Tonnen pro Jahr, davon
 - o ca. 27 Millionen Tonnen werden getrennt erfasst und verwertet.
 - o ca. 21,5 Millionen Tonnen Rest-Siedlungsabfälle zur Entsorgung.
 - o ca. 7,4 Millionen Tonnen Rest-Siedlungsabfälle (etwa 35 Prozent) werden in Mechanisch (MA) und Mechanisch-Biologischen Anlagen (MBA) stoffspezifisch behandelt
 - o MBA verarbeiten fast 5 Millionen Tonnen Rest-Siedlungsabfälle
- Mit einem Umsatz von über 35 Milliarden Euro, rund 270.000 Beschäftigten und 15.000 Anlagen gehört die Entsorgungswirtschaft zu den größeren Branchen der deutschen Volkswirtschaft und schafft Arbeitsplätze.
- Sie ist sowohl mittelständisch, als auch durch etliche große Unternehmen geprägt. Private und kommunalwirtschaftliche Aufgaben sind eng miteinander verzahnt und garantieren so, dass das Verursacherprinzip, auf dem das Kreislaufwirtschaftsgesetz aufbaut, effektiv durchgesetzt wird.

Hinweis:

Auf den folgenden Seiten sind die Antworten der Parteien auf den Fragenkatalog der ASA extrem gekürzt dargestellt, um eine bessere Übersicht zu ermöglichen. An dieser Stelle möchten wir daher ausdrücklich darauf hinweisen, dass die Leserinnen und Leser gehalten sind, die vollständigen Antworten der Parteien zu lesen, um sich ein umfassendes Bild machen zu können.

Abfallwirtschaft - Zahlen und Fakten



Abfallwirtschaft allgemein

Ausgangslage:

Die Abfallwirtschaft/Entsorgungswirtschaft hat insbesondere im ländlichen Raum eine sehr große volkswirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung.

Fragen:

- Was plant Ihre Partei im Sektor Abfallwirtschaft / Kreislaufwirtschaft?
- Was tut Ihre Partei, um das Potential der Branche (hohe Beschäftigtenzahl) auszubauen?
- Wie schafft Ihre Partei günstige Rahmenbedingung für die Abfallwirtschaft / Kreislaufwirtschaft?

CHECKLISTE

Partei	Abfallwirtschaft allgemein
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>
Die Linke	k.A.

CHECKLISTE -

☒

= überwiegende Übereinstimmung mit der Position der ASA

CDU/CSU

- Weiterentwicklung der KrW zentrales Thema dieser Legislatur;
- Brauchen anspruchsvollen politischen Rahmen, um Vorsprung zu sichern (...)

SPD

- Wir setzen seit jeher auf Weiterentwicklung;
- Stärkung von Mehrweg-, Rücknahme- oder Pfandsystemen;
- Einführung eines Recyclinglabels (...)

FDP

- Seit jeher Unterstützung der KrW,
- „blaues Wachstum“, setzen auf Wiederverwertung (...)

Bündnis 90/Die Grünen

- Müllvermeidung oberste Vorgabe des KrWG;
- Unterstützen EU bei der Weiterentwicklung der Abfallgesetzgebung;
- Abfallberatung; staatl. Überwachung und keine reine Selbstüberwachung (...)

AfD

Hier können wir unter Verweis auf unser veröffentlichtes Wahlprogramm behandeln. **Die von Ihnen gewünschten Antworten zu konkreten abfallwirtschaftlichen Fragen sind aus unserem Wahlprogramm leider nicht ableitbar.**

Kaskadennutzung

Ausgangslage:

Beim Ausbau erneuerbarer Energien spielt auch die Entsorgungswirtschaft eine wichtige Rolle.

In Deutschland werden derzeit ca. 9 Mio. Tonnen biogene Siedlungsabfälle pro Jahr (Bio- und Grünabfälle aus Haushalten und Gewerbe sowie Speiseabfälle) getrennt erfasst und biologisch behandelt.

Dazu werden derzeit ca. 1000 Kompostierungs- und ca. 100 Bioabfallvergärungsanlagen betrieben. Um zusätzlich zur stofflichen Verwertung die anteilige energetische Verwertung und somit eine echte Kaskadennutzung von Bioabfällen zu erhöhen, ist es bereits jetzt erklärtes Ziel des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BUMB) den Anteil von Anlagen mit Vergärung zur Biogasgewinnung zu erhöhen. Dieses Ziel kann aber insgesamt nur dann erreicht werden, wenn es bei der Ausgestaltung von gesetzlichen und förderpolitischen Rahmenbedingungen entsprechend berücksichtigt wird.

Fragen:

- Plant Ihre Partei eine Anpassung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, damit die Kaskadennutzung von Bioabfällen gefördert wird?
- Welche Anreize plant Ihre Partei, damit eine langfristig kostenoptimale Biomassenutzung möglich ist?
- Welche Chancen sieht Ihre Partei, der Biomasse auf Dauer denselben Stellenwert wie anderen Energieträgern einzuräumen?
- Wie beurteilen Sie folgende Aussage: „Bioenergie ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines erneuerbaren Energieversorgungssystems und „als speicherbarer erneuerbarer Energieträger in Deutschland eine wichtige Stütze für die Energiewende.“

CHECKLISTE

Partei	Kaskadennutzung
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>
Die Linke	k.A.

CDU/CSU

- Anwendung der euro. Abfallhierarchie;
- Die Kaskade ist auch bei Bioabfällen anzuwenden.
- Kombination von zwei Nutzungsformen wie z.B. die Biogaszeugung aus Bioabfällen mit anschließender Nutzung der Gärreste als Dünger – diese Kaskadennutzung wollen wir stärken.

SPD

- Wir unterstützen die Kaskadennutzung von Abfällen mit mehreren Wiederverwendungs- und Recyclingkreisläufen.
- Konkrete Maßnahmen sind z.Z. nicht geplant.

FDP

- Wir wollen die Forschung und Entwicklung sinnvoller Konzepte zur Kaskadennutzung voranbringen, damit die stoffliche und die energetische Verwertung einander ergänzen.
- Zudem gehören steuerliche Fehlanreize auf den Prüfstand.

Bündnis 90/Die Grünen

- Wir wollen Bioabfälle besser nutzen. Insb.
- Wollen wir, dass die die seit 2015 bestehende Pflicht zur getrennten Bioabfallsammlung überall durchgesetzt wird.

Energie

Ausgangslage:

Am 1. Januar 2017 ist das neue EEG 2017 in Kraft getreten, mit dem das System der Festvergütung auf ein Ausschreibungssystem umgestellt worden ist. Die neuen Anforderungen stellen sowohl die Anlagenbetreiber als auch die an der Umsetzung beteiligten Behörden vor völlig neue Herausforderungen. Der Bereich der Abfallanlagen unterliegt neuen Rahmenbedingungen. Welche Konsequenzen sich auf lange Sicht daraus abgeleitet werden können, ist bisher nicht abzuschätzen.

Fragen:

- Was plant Ihre Partei, um den effizienten Einsatz von Biomasse zu fördern?
- In welchen Bereichen und Sektoren sollte Biomasse in begrenztem Umfang langfristig zur energetischen Verwendung eingesetzt werden, damit sie eine kostenoptimale Erreichung der Energie- und Klimaziele unterstützt?
- Welche Chancen ergeben sich zukünftig im Strommarkt 2.0 für Flexibilität, die durch Biomasse bereitgestellt wird?
- Was kann Ihre Partei tun, um eine sinnvolle Kreislaufwirtschaft von Recyclingmaterial zu stärken?
- Welche Zielvorgaben strebt Ihre Partei für die Wärme – und Stromerzeugung bis 2030 an?

Spezielle Fragen zur Stromerzeugung:

- Gibt es Pläne Ihrer Partei, das EEG erneut zu novellieren? Und wenn ja, mit welchem Ziel?
- Welche Rolle nimmt nach Ansicht Ihrer Partei der Strom aus Biomasse in der Zukunft ein?

CHECKLISTE

Partei	Energie
CDU/ CSU	<input checked="" type="checkbox"/>
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>

CDU/CSU

- Biomasse bleibt zentraler Bestandteil des Ausbaus EE,
- Ausspruch für umfassenden Bestandsschutz,
- E. Nutzung von biogenen Rest- und Abfallstoffen trägt dazu bei, Nutzungskonflikte zu vermeiden.

SPD

- Bedingungen für eine Förderung im EEG 2014/2017 mit der Teilnahme an Ausschreibungen geschaffen,
- Anreiz setzen, dass Biomasseanlagen einspeisen,
- Im Strom- und Wärmesektor langfristiger Einsatz von Biomasse

FDP

- Biomasse kann Beitrag zur Reduzierung der CO₂-Emissionen und grundlastfähigen Energieversorgung leisten,
- Insb. Rest- u. Abfallstoffe aus Land- und Forstwirtschaft sind geeignete Einsatzstoffe f. Bioenergieanlagen.

Bündnis 90/Die Grünen

- Die Ergebnisse der Ausschreibungen werden kritisch analysiert,
- Ausschreibungsmengen erhöhen,
- Priorität hat Einsatz zum Ausgleich fluktuierender Wind- u. Solarstromerzeugung.

AfD

Bei den Fragen zur Energiewende, insb. zur Bioenergie, können wir pauschal bleiben, da wir in den Grundaussagen zu Klima- und Ressourcenschutz alternative Positionen vertreten, die zu völlig unterschiedlichen Standpunkten und Lösungsvorschlägen führen.

Klima- und Ressourcenschutz

Ausgangslage:

Die Siedlungsabfallwirtschaft leistet einen beachtlichen Beitrag zum Ressourcen- und Klimaschutz.

Bereits im Klimaschutzplan (KSP) der Bundesregierung wird die Abfallwirtschaft in Kap. 5.4 (Klimaschutz in Industrie und Wirtschaft) erwähnt und dabei hervorgehoben, dass „die Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft zur Kreislaufwirtschaft in erheblichem Maße zum Klimaschutz beigetragen habe. Etwa 20 % der im Zuge des Kyoto-Protokolls vereinbarten Emissionsreduktionen von Treibhausgasen von 1999 bis 2012 in Deutschland konnten durch abfallwirtschaftliche Maßnahmen erreicht werden.“

Ca. die Hälfte der in privaten Haushalten anfallenden Abfälle, wie z. B. Bio-, Grünabfälle, Papier, Glas und Metalle wird stofflich verwertet. Der derzeitige Beitrag der Siedlungsabfallwirtschaft zum Klimaschutz liegt bei ca. 1,95 Mio. Tonnen eingesparter CO₂-Äquivalente pro Jahr. Darüber hinaus können durch die Verwertung von Bio- und Grünabfällen Ressourcen wie beispielsweise ca. 9.300 Tonnen Rohphosphat pro Jahr oder ca. 100.000 m³ Torf pro Jahr eingespart werden. Die verwerteten Mengen an Altpapier führen zu einer Zellstoffeinsparung in Höhe von ca. 940.000 Tonnen pro Jahr.

Fragen:

- Welche Potentiale sieht Ihre Partei bei der Abfallwirtschaft und wie bewerten Sie die Bedeutung für den Klima- und Ressourcenschutz?
- Wie steht Ihre Partei zur Zielsetzung spätestens 2020 Siedlungsabfälle nahezu vollständig zu verwerten?

CHECKLISTE

Partei	Klima- und Ressourcen - schutz
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>
Die Linke	k.A.

CDU/CSU

- Potentiale der Abfallwirtschaft im KSP 2050 - Ziel ist es, Anteil der Vergärung mit Biogasgewinnung zu erhöhen,
- Entscheidend ist, wie emissionsarm der Betrieb der Behandlungsanlagen ist und wie effizient der Energiegehalt der Biomasse genutzt wird;
- Ziel ist die nahezu vollständige Verwertung von Bioanfällen

SPD

- Wir sehen große Potentiale bei der Abfallwirtschaft.
- Das Thema muss zukünftig an Bedeutung gewinnen.
- Wir setzen uns konsequent für den Ausbau der KrW ein.
- Die Abfallwirtschaft hat sich zum Klimaschützer gewandelt.

FDP

- Die Ressourcenschonung hat für uns einen hohen Stellenwert,
- Wir wollen die Rahmenbedingungen für eine innovative Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft verbessern,
- Abfälle von heute sind die Rohstoffe von morgen.

Bündnis 90/Die Grünen

- Wir sehen weiterhin hohe Potentiale; mit geeigneter Gesetzgebungsflankierung und besserem Vollzug können diese gehoben werden.



Hochwertiges Recycling

Ausgangslage:

Für eine effiziente Kreislaufwirtschaft sind verbindliche Kriterien zur Beschreibung der Hochwertigkeit von Verwertungsverfahren (sowohl stofflich als auch energetisch) inklusive zugehöriger Qualitätsanforderungen an den Sekundärroh- bzw. -brennstoff unabdingbar.

Da gerade für die Charakterisierung eines hochwertigen Recyclings solche konkreten und anspruchsvollen Vorgaben bisher fehlen, halten wir es für dringend erforderlich, auch das hochwertige Recycling durch entsprechende Qualitätskriterien zu beschreiben.

Darüber hinaus ist auch eine hochwertige energetische Verwertung zu definieren. Nach unserer Auffassung sind hierzu die tatsächliche Energieausbeute, d. h. der thermische Gesamtwirkungsgrad der Feuerungsanlage sowie die Klima-relevanz zwingend heranzuziehen.

Darüber hinaus ist die stoffliche Nutzung der im energetischen Verwertungsprozess anfallenden Reststoffe / Produkte deutlich bei der Definition einer hochwertigen energetischen Verwertung zu berücksichtigen. So findet beim Einsatz von SBS® z. B. in Zementwerken immer eine parallele energetische und stoffliche Nutzung des Brennstoffs statt, so dass neben dem Ziel einer Kaskadennutzung der eingesetzten Abfälle auch eine deutliche Ressourcenschonung erreicht wird.

Fragen:

- Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit, verbindliche Kriterien zur Definition der Hochwertigkeit festzulegen?
- Wird Ihre Partei einen entsprechenden Vorschlag von Anforderungen, die an die Hochwertigkeit und deren Überwachung zu stellen sind, definieren?

CHECKLISTE

Partei	Hochwertiges Recycling
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>
Die Linke	k.A.

CDU/CSU

- Praxistaugliche Kriterien für ein hochwertiges Recycling halten wir für sinnvoll.
- Konkrete Vorschläge dazu bzw. zur Überwachung liegen nicht vor.

SPD

- Praxistaugliche Kriterien für die Beurteilung der Hochwertigkeit einer Verwertungsmaßnahme halten wir im Interesse einer effizienten KrW für sinnvoll.

FDP

- Bei den jeweiligen Abfallströmen soll im Rahmen des tech. möglichen u. wirtschaftlich zumutbaren die am besten schützende Verwertungsoption genutzt werden.
- Das Vorsorge- und Nachhaltigkeitsprinzip ist zu beachten und der gesamte Lebenszyklus in den Blick zu nehmen.

Bündnis 90/Die Grünen

- Die Notwendigkeit wird von uns gesehen und ist nach unserer Ansicht auch durch die 5-stufigen Abfallhierarchie die EU vorgegeben,
- In der kommenden Periode wollen wir eine Verordnung für den Sperrmüll erarbeiten lassen.

Deponierung

Ausgangslage:

In der fünfstufigen Abfallhierarchie steht das Beseitigen von Abfällen an letzter Stelle: Seit 2005 ist es in Deutschland untersagt, unbehandelte Abfälle zu deponieren. Gleichwohl wird es auch zukünftig noch Abfälle geben, die auf Deponien zu beseitigen sind:

Durch die abfallwirtschaftliche Behandlung und Deponierung dieser nicht verwertbaren Restabfälle werden Umwelt und Mensch vor Gefahren geschützt. Deponien dienen als Schadstoffsenske, da sie gegenüber der Umwelt gekapselt sind, Sickerwasser gesammelt und gereinigt werden und anfallendes Deponiegas erfasst und energetisch genutzt wird.

Fragen:

- Sieht Ihre Partei die Notwendigkeit auch zukünftig Deponien zur Ausschleusung von Schadstoffen aus dem Stoffkreislauf zu betreiben?
- Wie steht Ihre Partei zu dem prognostizierten Engpass an Deponiekapazitäten - insbesondere für Deponien der Klasse I?

CHECKLISTE

Partei	Deponierung
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>
Die Linke	k.A.

CDU/CSU

- Neben einer möglichst vollständigen Verwertung ist auch eine hochwertige und effiziente Nutzung der in den Abfällen vorhandenen stofflichen u. en. Verwertung vorgeschrieben.
- Ein Engpass bei Deponiekapazitäten kann derzeit nicht gesehen werden, auch wenn die Situation regional durchaus unterschiedlich ist.

SPD

- Deponien werden auch in Zukunft für die Kreislaufwirtschaft wesentlich sein. Dies natürlich immer als letzte Option.
- Es ist kein „Entsorgungsnotstand“ zu erwarten. Dem Bedarf an Deponiekapazitäten, die mit u. ohne MantelVO gegeben ist, muss sich die Deponieplanung der Länder stellen.

FDP

- Es steht für uns außer Frage, dass nicht verwertbare Abfälle zur umweltverträglichen Beseitigung thermisch behandelt werden müssen, um das Abfallvolumen zu verringern und Schadstoffe auszuschleusen.
- Wir unterstützen die Erweiterung u. Neuerrichtung der DK I Deponien

Bündnis 90/Die Grünen

- Ja, eine solche Ausschleusung ist auch für ein hochwertiges Recycling notwendig und wird von uns nicht in Frage gestellt.
- Ziel soll sein, bereits die Einschleusung von Schadstoffen in den Stoffkreislauf zu minimieren bzw. zu beenden.
- Es ist Aufgabe der Bundesländer die notwendigen Kapazitäten vorzuhalten.

Gewerbeabfallverordnung



Ausgangslage:

Am 1. August 2017 ist die neue Gewerbeabfallverordnung in Kraft getreten. Mit der Verordnung müssen die Betriebe gewerbliche Siedlungsabfälle sowie Bau- und Abbruchabfälle zukünftig nicht nur getrennt erfassen, sondern die Entsorgung auch umfassend dokumentieren.

Aufbereitungsanlagen sollen eine Sortierquote $\geq 85\%$ und ab dem 01. September 2019 eine Recyclingquote von mindestens 30 Masseprozent erreichen. Bisher wurden nach Angaben der Bundesregierung nur rund 7 % der circa 6 Millionen Tonnen Abfälle recycelt. Etwa 50 % der Gewerbeabfälle wurden thermisch entsorgt. Das soll sich nun ändern.

Fragen:

- Aufgrund der deutlich unterschiedlichen spezifischen Gewichte der verschiedenen Sortierfraktionen ist zu hinterfragen, ob das Ziel eines hochwertigen Recyclings durch Sortier- und Recyclingquoten tatsächlich für alle Sortierfraktionen erreicht wird. Wie sieht Ihre Partei das?
- Auch ist die Politik in der Pflicht, den Vollzug der Verordnung durch die Bundesländer sicherzustellen, denn nur so kann das Ziel der Gewerbeabfallverordnung - eines verbesserten Umweltschutzes - erreicht werden. Plant Ihre Partei notwendige Umsetzungshilfen zur Verfügung zu stellen?
- Schwer abzuschätzen sind auch der zeitliche Mehraufwand und die zu erwartenden Kosten durch die Dokumentationspflichten für die Unternehmen. Wie steht Ihre Partei dazu und wo sehen Sie eine Möglichkeit vor allem kleine und mittelständische Unternehmen zu unterstützen?

CDU/CSU

- GewAbfV mit bereiter Beteiligung der Wirtschaft erarbeitet worden,
- Es ist davon auszugehen, dass Ziele erreichbar sind,
- Es ist eine Evaluierung vorgesehen;
- Durch Mengengrenze sind kleinere Baustellen von Doku-pflicht ausgenommen.

SPD

- Höhere Sortier- und Recyclingquoten reichen nicht, um hochwertiges Recycling zu sichern, daher in GewAbfV Getrenntsammlungspflicht gestärkt,
- Verbesserter Umweltschutz durch neuen Regelungen – vollzugstauglicher und kontrollierbar,

FDP

- Wir brauchen Regelungen, die für Abfallerzeuger möglichst unbürokratisch umsetzbar sind,
- Ob Doku-pflichten sinnvoll sind und Erfolg versprechen bleibt abzuwarten,
- Helfen kann Abfallberatung durch öRE und IHKs
- LAGA wird Vollzugshinweise überarbeiten

Bündnis 90/Die Grünen

- Ohne besseren Vollzug werden die Vorgaben nicht erreicht,
- Verschärfte Anforderungen an Getrenntsammlung können Erfolg bringen und Abfallverbrennung verringern,
- Sortierquoten anspruchsvoll, aber regelmäßiger Austausch in Bundesländer-Gruppe

CHECKLISTE

Partei	GewAbfV
CDU/CSU	<input type="checkbox"/>
SPD	<input type="checkbox"/>
FDP	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>
Die Linke	k.A.

Auswertung/Gesamtübersicht:

CHECKLISTE - ÜBERWIEGENDE ÜBEREINSTIMMUNG MIT DEN POSITIONEN DER ASA							
Partei	Abfallwirtschaft allgemein	Kaskadennutzung	Energie	Klima- und Ressourcenschutz	Hochwertiges Recycling	Deponierung	GewAbfV
CDU/CSU	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
SPD	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
Grüne	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
AfD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Aufgabe der ASA

Die ASA versteht sich als bedeutender Interessenverband zur Förderung der stoffspezifischen Abfallbehandlung. Dabei erstreckt sich die Ausrichtung der ASA zukünftig auf alle Bereiche der Abfallwirtschaft, d. h. von Vermeidung über Wiederverwendung, Recycling und der sonstigen Verwertung bis hin zur Beseitigung von Abfällen. Die ASA und ihre Mitgliedsbetriebe stehen dabei für anlagen- und technologieübergreifende Kooperationslösungen, mit denen die Ziele der Kreislaufwirtschaft unter den Gesichtspunkten des Ressourcen- und Klimaschutzes sowie der Energieeffizienz optimal erreicht werden. Grundlage für die abfallwirtschaftlichen Handlungen der ASA bildet dabei die 5-stufige Abfallhierarchie, die von der ASA ausdrücklich unterstützt wird. In der Konsequenz erweitert sich der zukünftige Wirkungsbereich der ASA von der mechanisch-biologischen Restabfallbehandlung auf alle Bereiche der Abfallhierarchie und dabei insbesondere auf alle Bereiche der stoffspezifischen Abfallbehandlung.

Die ausführlichen Wahlprogramme der Parteien und Antworten zu den ASA-Wahlprüfsteinen finden Sie auf unserer Homepage.

Kontakt:

Arbeitsgemeinschaft Stoffspezifische Abfallbehandlung e.V. (ASA)
 Im Hause der Abfallwirtschaftsgesellschaft des Kreises Warendorf mbH
 Ansprechpartnerin: Katrin Büscher, Geschäftsführung
 Westring 10
 59320 Ennigerloh
 Tel.: 02524-9307-180
 Fax: 02524 9307-900
 Email: info@asa-ev.de

Layout: Katrin Büscher, ASA e.V.

Fotos: Seite 1: Reichstag, Katrin Büscher, ASA e.V.; Fotolia, Urheberin: Lydia Geissler; Parteilogos Freigabe durch CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und Die Linke und zum Download auf den Homepages Seite 2: Postkartenmotive (Ecowest).